

Die Nationale Antwort auf PISA

Die PISA-E Ergebnisse eignen sich nicht zur Schwarz–Weiß-Malerei. Im Detail sehen die Länderergebnisse sehr differenziert aus. So liegt Schleswig-Holstein beispielsweise bei den Leistungen an den Gymnasien vor Baden-Württemberg mit Bayern an der Spitze.

Innerhalb Deutschlands bestehen deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich des Leistungsniveaus des Bildungssystems, des Anteils der Schulabgänger ohne Schulabschluss, des Abiturientenanteils oder der Bildungsinvestitionen. Das deutsche Schulsystem weist eine derartige Vielfalt von Regelungen, Lehrplanfestlegungen, Prüfungsanforderungen, Schulformen, Schulstufen oder Abschlüssen auf, dass es selbst von Fachleuten nicht mehr überschaut werden kann.

Es geht jetzt vor allem darum, eine sachliche Debatte darüber zu führen. Klar ist: Es gibt für niemanden einen Grund zum Jubeln.

Die PISA-Studien haben zentrale Schwächen des deutschen Bildungssystems aufgedeckt und damit die Bildungspolitik wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gerückt. Das deutsche Schulsystem erbringt nur unterdurchschnittliche Leistungen auf zentralen Gebieten wie der Lesekompetenz, der Mathematik oder den Naturwissenschaften. In keinem anderen Industriestaat entscheidet die soziale Herkunft so sehr über den Schulerfolg und die Bildungschancen wie in Deutschland. Zugleich gelingt die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich schlechter. Schließlich bleibt Deutschland hinsichtlich der Bildungsbeteiligung (Abiturienten-, Studierendenanteil) hinter vergleichbaren Staaten zurück. Die Bayerischen Verhältnisse sind nicht geeignet um auf ganz Deutschland übertragen zu werden. Die Abiturientenquote von 20 % ist viel zu gering.

Wir brauchen in Deutschland mehr Fachkräfte und deshalb in Deutschland eine höhere Studierendenquote. Im OECD Vergleich liegen wir mit 32 % unter dem Durchschnitt von 48 %.

Kein Bundesland kann und darf die Hände in den Schoß legen. Wir brauchen in Deutschland eine nationale Kraftanstrengung, um allen Kindern wieder bessere Bildungschancen zu geben und Deutschland vom unteren Mittelfeld beim OECD-Vergleich an die Spitze zu rücken.

Die Zweitklassigkeit im internationalen Vergleich und das Auseinanderdriften des deutschen Schulsystems lassen sich nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten bewältigen. Es kommt jetzt darauf an, gemeinsam Wege aus der Krise zu suchen, ohne die Verantwortung der Länder und Schulträger in Frage zu stellen. Es geht darum, bundesweit Bildung und Erziehung auf eine neue Grundlage zu stellen und aus den Verkrustungen einer ideologischen, auf Zuständigkeiten fixierten Debatte zu lösen.

Die Weichen für die Erneuerung des Bildungssystems müssen jetzt gestellt werden. Mit dem Programm „Zukunft Bildung“ tragen wir dazu bei, dass Deutschland in zehn Jahren im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz unter den ersten fünf erreicht.

Programm „Zukunft Bildung“

Kernpunkte des Programms sind:

1) Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“

Der Bund bietet den Ländern an, sich an dieser nationalen Aufgabe im Zeitraum von 2003 bis 2007 mit einem Investitionsvolumen von vier Milliarden Euro im bundesweiten Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ zu beteiligen.

Das Programm zielt auf die „bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots an Ganztagschulen mit Schwerpunkten der individuellen Förderung und des sozialen Lernens“. Dieses Konzept, das sich keineswegs nur auf Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwächeren Familien, Familien mit alleinerziehendem Elternteil und Familien mit Migrationsintergrund bezieht, sondern der Förderung aller Begabungen dient, ist der Schlüssel zur dringend notwendigen Verbesserung der Qualität des Unterrichts.

Der Bund ist bereit, die Länder im investiven Bereich des Ausbaus von Ganztagschulen und der notwendigen Modernisierung der Schulen zu unterstützen. Das Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ soll die Länder bei zusätzlichen Investitionen nachhaltig unterstützen. Der Bund erwartet, dass die Länder und Gemeinden die zusätzlichen Personal- und Sachmittelausgaben tragen.

Ziel muss es sein, die für einen guten, nicht auf den Vormittag zusammengepressten Unterricht **notwendigen Verbesserungen bei einer möglichst großen Zahl von Grundschulen und Schulen im Sekundarbereich I (Klasse 5 - 10) rasch zu verwirklichen.**

Mit Hilfe der Investitionsförderung durch den Bund können jährlich 1.800 – 2.000 Schulen zusätzlich zu den bestehenden und zusätzlich zu den derzeit geplanten Ganztagschulen eingerichtet werden. Im Jahr 2007 können so mindestens 10.000 Schulen als Ganztagschulen betrieben werden. Dies entspricht etwa einem Viertel aller Schulen im Primar- und Sekundar I Bereich. Damit kann dem erkennbaren Bedarf an früher und individueller Förderung sowie den Erwartungen vieler Eltern an verlässlicher Betreuung entsprochen werden. Ziel muss es sein, in allen Regionen in für die Schülerinnen und Schüler altersgemäß erreichbarer Nähe Ganztagsangebote bereit zu stellen. **Diese Angebote müssen hinsichtlich pädagogischem Konzept und Arbeitsbedingungen Mindeststandards entsprechen. „Billigangebote“ müssen verhindert werden. Auch dies gilt es in mit den Ländern sicher zu stellen.**

2) Festlegung von nationalen Bildungsstandards

Wir brauchen nationale Bildungsstandards, die in allen Ländern gleichermaßen verbindlich sind. Nur so hat der deutsche Länderföderalismus Chancen für die Zukunft. Dazu gehört eine Verständigung über die Bildungs- und Erziehungsziele und Leistungsstandards für die Schüler und Schülerinnen. Weitere Elemente sind die Dauer der Schulpflicht, der Fächerkanon in den verschiedenen Schulformen und Schulstufen, die einheitliche Gestaltung von Abschlüssen und Übergängen sowie der Zulassung von Unterrichtsmaterialien, die Angleichung der Lehrerausbildung und die Festlegung eines Rahmens für die Sicherung von Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen.

3) Aufbau einer nationalen Evaluationseinrichtung

Wir brauchen eine regelmäßige Überprüfung der Einhaltung dieser Bildungsstandards. Hierzu empfiehlt sich die Einrichtung einer unabhängigen nationalen Evaluationseinrichtung, wie sie in erfolgreichen „PISA-Ländern“ bereits längst existiert.

4) Nationaler Bildungsbericht und Einrichtung eines nationalen Rates der Bildungsweisen

Es besteht in Deutschland seit Veröffentlichung des von der Bundesregierung durchgeführten FORUM BILDUNG ein breiter öffentlicher Konsens zur Notwendigkeit einer nationalen Bildungsberichterstattung. Die nationale Bildungsberichterstattung sollte durch einen unabhängigen „Rat der Bildungsweisen“ erstellt werden. Ziel der regelmäßigen Berichterstattung durch den Sachverständigenrat ist es, die für die Bildungspolitik Verantwortlichen und die Öffentlichkeit bei der Beurteilung und Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland zu unterstützen. Der Bericht sollte mindestens alle zwei Jahre veröffentlicht werden.

5) BLK-Aktionsrahmen für flächendeckende gemeinsame strukturelle Neuerungen zur Verbesserung des Unterrichts

Bund und Länder haben sich in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung am 17. Juni 2002 auf die Umsetzung besonders wichtiger Handlungsfelder als erste Aktivitäten zur Umsetzung der Empfehlungen des Forum Bildung und zum Ausgleich der Defizite, wie sie in der PISA-Studie festgestellt wurden, verständigt. Hierzu zählen die Förderung von Sprach-, Lese- und Schreibkompetenz, die Förderung von Migrantinnen und Migranten und die Förderung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenz. Hierbei soll der individuellen und frühen Förderung und der Förderung von Jugendlichen mit Lernschwächen besondere Beachtung geschenkt werden.